

Wohnungspolitik



Die Grünen setzen sich für eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit ein. Dazu gehört die Verlängerung der Mietpreisbremse, der Ausbau sozialer Wohnprojekte sowie die Umsetzung des „Housing First“-Ansatzes. Es wird außerdem ein besserer Schutz von Mieter*innen gefordert insbesondere bei dem Missbrauch von Kündigungen wegen Eigenbedarf oder Mietschulden. Für Studierende und Auszubildende wird mehr bezahlbarer Wohnraum gefordert und das Programm „Junges Wohnen“ soll weiter gefördert werden.



Die Linke plant einen Mietendeckel und jährliche Investitionen von 20 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau. Der „Housing First“-Ansatz soll Obdachlosen ohne Vorbedingungen direkten Zugang zu Wohnraum ermöglichen. Zudem fordert die Partei eine stärkere Regulierung von Leerständen und die Förderung gemeinnützigen Wohnraums. Statt einer Ausgrenzung obdachloser und suchtabhängiger Menschen aus Innenstädten sollen bessere Hilfsangebote und die Stärkung der Sozialarbeit im Fokus stehen.



Positiv zu bewerten ist, dass das Thema Wohnen mehrdimensional in den Blick genommen wird. Ob die Mietpreisbremse eine entscheidende Stellschraube ist, ist jedoch fraglich. Bei dem Ausbau sozialer Wohnprojekte muss die Finanzierung angemessener Begleitmaßnahmen durch Soziale Arbeit mitbedacht und finanziert werden um Nachhaltigkeit zu erreichen.



Der DBSH unterstützt die Maßnahmen, da sie soziale Gerechtigkeit fördern und bezahlbaren Wohnraum sichern. „Housing First“ ist ein bewährter Ansatz, der stabile Lebensbedingungen für obdachlose Menschen schafft. Die Regulierung von Leerständen ist sinnvoll, sollte aber transparent gestaltet werden. Entscheidend ist zudem eine ausreichende Unterstützung und Finanzierung von Sozialarbeitenden, um die Maßnahmen wirkungsvoll umzusetzen.



Das BSW fordert eine Infrastruktur-Garantie für bezahlbares Wohnen sowie die Entschuldung der Kommunen zur Förderung von Wohnprojekten. Zudem soll Wohnraum stärker am Gemeinwohl orientiert werden.



Die FDP strebt eine Reform des Mietrechts an, um den Wohnungsbau zu fördern. Sie setzt dabei auf weniger Regulierungen und die Stärkung von Marktmechanismen zur Beschaffung von Wohnraum. Der soziale Wohnungsbau wird in ihrem Konzept nicht explizit gefördert.



Die grundsätzliche Idee, Wohnen bezahlbar zu machen sowie die Kommunen zu entschulden um Wohnbauprojekte fördern zu können ist sinnvoll. Es fehlen konkrete Ideen zur Umsetzung und Finanzierung dieser Vorschläge.



Der DBSH sieht die Fokussierung der FDP auf Marktmechanismen kritisch, da der soziale Wohnungsbau nicht explizit gefördert wird. Dies steht im Widerspruch zu den Forderungen der Sozialen Arbeit nach bezahlbarem Wohnraum für alle Gesellschaftsschichten. Ohne gezielte Maßnahmen zur Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus werden vulnerable Gruppen weiter benachteiligt. Ebenso fehlen gezielte Maßnahmen zur Unterstützung wohnungsloser Menschen.



Die CDU setzt auf den Neubau von Wohnungen und steuerliche Anreize für Investoren, äußert sich jedoch nicht explizit zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit



Die SPD setzt auf eine unbefristete Mietpreisbremse, den Stopp von Mietwucher und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Der Bund soll mit einer eigenen Wohnungsgesellschaft aktiv werden.



Der DBSH sieht hier eine Lücke in der sozialpolitischen Verantwortung und fordert gezielte Maßnahmen zur Unterstützung wohnungsloser Menschen.



Die Maßnahmen sind positiv für den sozialen Wohnungsmarkt, wobei die Wirksamkeit der Mietpreisbremse fraglich bleibt. Es fehlt eine Strategie zur Bekämpfung bestehender Obdachlosigkeit und weitere Unterstützungsmaßnahmen für wohnungslose Menschen.